



Bundesverband
Tierschutz e.V.



Albert Schweitzer
Albert Schweitzer Stiftung
für unsere Mitwelt

Menschen für Tierrechte * Severinusstr. 52 * 53909 Züllich

Bundesminister der Finanzen
Herrn Christian Lindner
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Per E-Mail an:

Berlin, 23. Februar 2024

Offener Brief: Blockade der Einführung des Tierschutzcents beenden

Sehr geehrter Bundesminister Lindner,
sehr geehrter Fraktionsvorsitzender Dürr,
sehr geehrter Herr Dr. Hocker,

dem BMEL-Ernährungsreport 2023 zufolge wollen 94 Prozent der Befragten bessere Tierhaltungsbedingungen mit weniger Tieren in den Ställen. Gleichzeitig sprechen sich 84 Prozent der Befragten für höhere Einkommen in der Landwirtschaft aus. Damit beides gelingt, sind erhebliche Finanzmittel erforderlich. Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) beziffert die jährlichen Mehrkosten einer zukunftsfähigen Nutztierhaltung auf ca. 3 bis 5 Mrd. € pro Jahr. Die damit zu erwartenden Preiserhöhungen von 40 Cent pro Kilo Fleisch erhöhen die jährlichen Ausgaben durchschnittlich um 35 Euro und sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher überschaubar.

Aus den Medien ist nun zu entnehmen, dass sich Repräsentanten der FDP gegen die Einführung eines „Tierschutzcents“ aussprechen. Stattdessen sehen diese die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Pflicht, durch ihre Nachfrage für höhere Tierhaltungsstandards in Deutschland zu sorgen. Dies allein wird jedoch nicht reichen. Nicht ohne Grund empfiehlt der WBA zur Deckung der Kosten einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung einen Politik-Mix und sieht Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen gefordert. Auch die Empfehlungen der Borchert-Kommission beruhen auf der Einführung einer mengenbezogenen Abgabe auf tierische Produkte.

Im Koalitionsvertrag haben sich die Ampelparteien dafür ausgesprochen, die Landwirtinnen und Landwirte mit verschiedenen Maßnahmen zu unterstützen, um die Tierhaltung in Deutschland tiergerecht umzubauen. Dafür sollte „ein durch die Marktteilnehmer getragenes finanzielles System“ entwickelt werden, mit dessen Einnahmen zweckgebunden die laufenden Kosten landwirtschaftlicher Betriebe ausgeglichen und Investitionen gefördert werden.

Aus unserer Sicht entspricht der von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vorgeschlagene Tierschutzcent diesem im Koalitionsvertrag angestrebten Finanzierungssystem. Wir stimmen mit Ihnen aber insoweit überein, als dass dieses Instrument zielgenau und ausschließlich der Förderung von mehr Tierwohl dienen muss. Es muss gewährleistet werden, dass die Einnahmen die Landwirtinnen und Landwirte tatsächlich erreichen und sie beim dringend notwendigen Umbau ihrer Ställe auf ein tiergerechtes Niveau unterstützen.

Wir widersprechen jedoch Ihrer Einschätzung, dass allein die Konsumentinnen und Konsumenten für höhere Tierhaltungsstandards sorgen sollen. Hier sehen wir die Politik in der Pflicht, durch gezielte Lenkungsmaßnahmen das millionenfache Tierleid in den Ställen zu beenden. Es ist die Aufgabe der jetzigen Regierungsparteien, die Haltungsstandards deutlich zu verbessern und den Landwirtinnen und Landwirten langfristige finanzielle Anreize und Planungssicherheit für den Stallumbau und die Reduktion ihrer Tierbestände zu geben. Diese Maßnahmen entsprechen gleichzeitig dem Willen der Mehrheit in diesem Land. Gleichzeitig muss eine Ernährungswende vorangetrieben werden.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Sie, Ihre Blockade-Haltung aufzugeben und der Einführung einer mengenbezogenen Tierwohlsteuer zuzustimmen. Erfüllen Sie Ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag – im Sinne von Bürgerinnen und Bürgern, Landwirtinnen und Landwirten sowie im Interesse von Tieren und Umwelt.

Für Fragen und einen Austausch stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der unterzeichnenden Organisationen



Christina Ledermann
Sprecherin Bündnis für Tierschutzpolitik

Unterzeichnende Organisationen und Ansprechpartnerinnen

Rüdiger Jürgensen, Mitglied der Geschäftsleitung/Director Policy and Advocacy Germany,
VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz

Andreas Schenk, Leitung Facharbeit & Politik, PROVIEH e.V.

Mahi Klosterhalfen, Präsident, Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt

Torsten Schmidt, Wissenschaftlicher Referent, Bund gegen Missbrauch der Tiere

Sandra Barfels, Geschäftsführerin, Bundesverband Tierschutz e.V.